

Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, VIDC (Hrsg.)

TÜRKEI

Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus

mandelbaum *kritik & utopie*

VIDC
VIENNA INSTITUTE FOR
INTERNATIONAL DIALOGUE
AND COOPERATION

Gedruckt mit Unterstützung durch



ÖSTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS
ZUSAMMENARBEIT

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien 2016
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Janina Henkes
Umschlagbild: © iStock/epicurean
Satz & Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- 7 Vorwort
ILKER ATAÇ UND MICHAEL FANIZADEH
- 8 Einleitung
- DEMOKRATISIERUNG UNTER DER AKP-REGIERUNG?
- YÜKSEL TAŞKIN
- 21 Politischer Islam an der Macht: Wurzeln und Grenzen des mehrheitsorientierten Autoritarismus der AKP
- MİTHAT SANCAR
- 35 Parlamentarismus oder Präsidialsystem – Debatten über eine neue Verfassung in der Türkei
- RUŞEN ÇAKIR
- 46 Das System Erdoğan und die Bewegung von Fetullah-Gülen
- ECE TEMELKURAN
- 57 Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei
- BEWEGUNG UND GENDER
- PINAR SELEK
- 69 Gegen die Mauern des Patriarchats: Welchen Beitrag kann der Feminismus zur Schaffung der Politik leisten?
- SEBAHAT TUNCEL
- 81 Gegen Männerherrschaft und Gewalt: Die kurdische Frauenbewegung in der Türkei
- FEYZA AKINERDEM
- 91 Gegen den Strich: Die muslimische Frauenbewegung in der Türkei

- 99 DEMET DINLER
Räumliche und zeitliche Herausforderungen der Gezi-Park-Bewegung
- 108 ECE KOCABIÇAK
Feministinnen im Gezi-Park-Widerstand
- MINDERHEITEN: KÄMPFE UM ANERKENNUNG UND POLITISCHE RECHTE
- 121 ROBER KOPTAŞ
Demokratisierung oder auf dem Weg zum autoritären Staat?
- 132 KARIN KARAKAŞLI
Tabu und Veränderung. Betrachtungen zum türkisch-armenischen Verhältnis
- 140 BÜLENT KÜÇÜK
Die Transformation der kurdischen Politik: Möglichkeiten und Paradoxe
- 152 IRFAN AKTAN
Solidarität mit Kobanê? Die kurdische Frage jenseits der Türkei
- 163 PIRIL ERÇOBAN
Die Türkei und die Flüchtlinge
- ZUR DYNAMIK DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER TÜRKEI
- 177 MUSTAFA SÖNMEZ
Die Rolle der Einkommens- und Verteilungspolitik beim Aufstieg der AKP
- 189 JOACHIM BECKER
Industrie in der Türkei: Grenzen eines Niedriglohnmodells
- 201 Herausgeber_innen
- 202 Autor_innen

Vorwort

Die Beschäftigung mit der Türkei, einem Land am Schnittpunkt verschiedener Interessenssphären, ist das Resultat einer strategischen Neuausrichtung der Politik des VIDC in eine spannungsreiche Region, um einerseits die dynamische Entwicklung eines Landes zu beschreiben, andererseits auch seine Widersprüchlichkeiten und Defizite klarzumachen, und damit dessen Rolle und die seiner Bewohner_innen zu würdigen, die Österreich und Europa in jahrhundertelangen politischen und kulturellen Beziehungen vielschichtig verbunden sind. 7

Das vorliegende Buch vermittelt in seinen 16 Beiträgen den politisch-wissenschaftlichen Diskurs, den das VIDC im Rahmen seiner Vortragsreihe zur Türkei in den letzten Jahren initiiert hat. Die breite Beachtung, die die Vorträge gefunden haben, sowie seine mediale Rezeption reflektieren auch die vielfältigen Beziehungen der in Österreich lebenden Türk_innen, die sich in großer Zahl daran beteiligt und in angeregten Diskussionen gezeigt haben, wie bei allen Gegensätzen und unterschiedlichen Auffassungen sachlich-respektvoller Dialog Verbundenheit stiftet.

Für diese Leistung sei vor allem Ilker Ataç und Michael Fanizadeh herzlich gedankt, die mit großem Engagement und Ausdauer die Reihe kuratiert und uns durch die Begegnung mit interessanten Persönlichkeiten eindrucksvoll bereichert haben.

Walter Posch, Geschäftsführer VIDC

Einleitung

Seit Ende der 1990er Jahre richtet sich die Aufmerksamkeit in den deutschsprachigen und europäischen Gesellschaften verstärkt auf die politischen Transformationsprozesse in der Türkei. Das Jahr 1999 bildete in dieser Hinsicht einen Meilenstein, denn die

8 Türkei wurde im Dezember 1999 zur Beitrittskandidatin für die Vollmitgliedschaft zur Europäischen Union. Im Laufe der 2000er Jahre wurde dann die Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei in den europäischen Ländern zunehmend positiver. Einerseits wurde nach der schwerwiegendsten Finanzkrise in der Geschichte der Türkei im Jahr 2001 ein Strukturanpassungsprogramm etabliert. Nach einem ersten Schock und drastischen sozio-ökonomischen Folgen kam es in den Jahren darauf zu hohen Wachstumsraten, die zunehmende Direktinvestitionen und ökonomische Verflechtungen zwischen den europäischen Ländern und der Türkei mit sich brachten, was in der Medienberichterstattung insgesamt zu einer positiveren Einschätzung der türkischen Ökonomie führte. Andererseits wurde der Reformkurs der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ab 2002 positiv rezipiert. Insbesondere die Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Minderheiten sowie die Schwächung mächtiger Gruppierungen innerhalb des türkischen Staates – wie dem sogenannten „kemalistischen Establishment“ – wurden im Westen anerkannt. Erst mit den landesweiten Protesten nach der Besetzung des Gezi-Parks 2013 kam es zu einer Verschiebung der Perspektive. Einerseits wurde die Protestbewegung positiv bewertet und als eine Stärkung der Zivilgesellschaft bzw. als ein Zeichen für die

Demokratisierung mit einem Rekurs auf den „arabischen Frühling“ betrachtet. Andererseits führte die repressive Antwort der Regierung auf die Proteste dazu, dass die Politiken der AKP vermehrt aus einer kritischen Perspektive betrachtet wurden. Im Zentrum stand die Frage, ob die AKP den Reformkurs beendet bzw. ob sie in der Türkei eine neue Form der autoritären Staatlichkeit entwickelt hat.

Der Blick der deutschsprachigen Gesellschaften auf die Türkei folgt spezifischen Konjunkturen. Daher etablierten wir ab 2009 eine Veranstaltungsreihe, um Themen zu diskutieren, die in der Türkei sowie in der europäischen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurden. Dafür haben wir wissenschaftliche, publizistische und zivilgesellschaftliche Intellektuelle aus der Türkei nach Wien eingeladen, die ihre Vorträge zumeist auf Türkisch (mit Simultandolmetschen ins Deutsche) abhielten. Das hatte einen doppelten Vorteil: Erstens konnten wir auch Personen einladen, die in der türkischen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielen, aber nicht über gute deutsche oder englische Sprachkenntnisse verfügen. Zweitens etablierten wir dadurch in Wien einen interkulturellen Raum, der offen ist für Angehörige türkischer, kurdischer, alevitischer und anderer Communities mit all ihren diversen politischen und sozialen Zugehörigkeiten. Gleichzeitig erreichten wir eine Vielzahl von Interessierten, Expert_innen und Studierenden ohne Türkei-Hintergrund, was sich in steigenden Besucher_innen-Zahlen niederschlug. Die vielfältigen und offenen Diskussionen im Anschluss an die Vorträge mit Beteiligung aller Gruppen sind ein weiterer Indikator dafür, dass es uns gelang, einen interkulturellen und politisch diskursiven Raum zu etablieren.

Primär ging es uns darum, Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen zu erörtern. Denn wenn in der deutschsprachigen Öffentlichkeit von „Türken“ oder der Türkei die Rede ist, wird oft übersehen, dass hinter dem politischen System der Türkei eine Vielzahl von Akteur_innen mit unterschiedlichen

Intentionen stecken, die mannigfaltige und dynamische Entwicklungen prägen. Zudem wollten wir die „türkische Debatte“ nach Wien transferieren, um dadurch mit einer spezifisch eurozentristischen Perspektive in der internationalen und entwicklungspolitischen Debatte zu brechen. Denn in den europäischen Türkei-Diskussionen fehlen oftmals nicht nur differenzierte Betrachtungen der politischen Entwicklungen in der Türkei, sondern die Medien haben auch ihre Selektivitäten, die dazu führen, dass der spezifisch „europäische“ Blick mit eigenen Interessen und Vorstellungen in den Vordergrund rückt. Um diesem entgegen zu wirken, haben wir Vortragende eingeladen, die durch ihre kritischen und detailreichen Analysen in der Lage sind, Positionen zu aktuellen Debatten über Demokratie und Menschenrechte zu vermitteln. Außerdem ging es uns darum, das spezifische Wissen der bestehenden transnationalen Netzwerke aufzuwerten, somit den Dialog zwischen den verschiedenen Türkei-stämmigen Communities zu stärken, und den Diskurs in der österreichischen Öffentlichkeit sichtbarer zu machen.

Für diesen Sammelband haben wir die Vorträge neu bearbeitet und um zusätzliche Texte ergänzt, wobei sich vier thematische Schwerpunkte herauskristallisiert haben. In unserem Eröffnungskapitel *Demokratisierung unter der AKP-Regierung?* untersuchen wir das politische (Erfolgs-)Modell der seit 2002 regierenden AKP-Partei. Die AKP wurde 2001 mit dem Versprechen gegründet, sich von der islamistischen *Milli Görüş* (Nationale Sicht) Bewegung von Necmettin Erbakan abzukoppeln. Die Partei wurde als konservativ-demokratische Partei im Einklang mit der Mitte-rechts Tradition in der Türkei deklariert, welche auf der ökonomischen Ebene mit der vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftspolitik verbunden war. Sie wurde zunächst als mächtigste Akteurin einer verspäteten Demokratisierung in der Türkei betrachtet. Mit dem Referendum im Jahr 2010, der einhergehenden Beschränkung der Macht des Militärs und der erfolgreichen Etablierung ihres kon-

servativ-islamischen Modells wurde die Ausrichtung der AKP zusehends autoritärer und die Führung der Parteispitze weniger kompromissbereit. Je mehr die Parteispitze an Staatsmacht und Kontrolle über die Medien erhielt, desto weniger war sie bereit, auf Kompromisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen einzugehen und forcierte einen populistischen und polarisierenden politischen Diskurs. Der Druck auf Oppositionelle in den Medien, der Wirtschaft und der Politik nahm zu, und die soziale sowie kulturelle Polarisierung zwischen den verschiedenen Lebensstilen intensivierte sich zunehmend.

Yüksel Taşkın erörtert in diesem Kontext die Entstehungsgeschichte und Grenzen der AKP-Politik, welche er als mehrheitsorientierten Autoritarismus bezeichnet. Er geht der Frage nach, warum sich die AKP allen politischen und sozialen Krisen zum Trotz so lange und erfolgreich an der Macht halten und immer wieder Wahlerfolge erzielen konnte. Auch der Übergang zu einem Präsidialsystem mit Recep Tayyip Erdoğan an der Spitze scheint dabei kein Hemmnis zu sein. Dass es bei der Frage nach einer neuen Verfassung aber um mehr geht, als um reine Machtpolitik, erläutert Mithat Sançar. Gerade die Frage nach dem Status und der Anerkennung der religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen in der Türkei steht für ihn im Zentrum der Auseinandersetzung. Eine neue Verfassung ist für Sançar nur dann sinnvoll, wenn diese elementaren demokratiepolitischen Fragen gelöst werden. Doch die Politik der AKP polarisierte, wobei es sehr schnell gehen kann, dass aus Unterstützer_innen Gegner_innen werden. Das zeigt Ruşen Çakır sehr eindrücklich am Beispiel der islamischen Gemeinde von Fetullah-Gülen. Ursprünglich kooperierte diese Bewegung mit der AKP, doch mehr und mehr entfremden sich beide Gruppierungen voneinander. Interessengegensätze wurden offensichtlich und kulminierten Ende 2013 in einer Auseinandersetzung rund um Bestechungs- und Korruptionsermittlung gegen AKP-Politiker_innen. Der damalige Ministerpräsident Erdoğan

machte die Gülen-Gemeinde für die Veröffentlichung dieses Skandals verantwortlich und in der Folge setzte er die Bewegung unter Druck. Das stand ganz in der Tradition, wie die AKP-Regierung auch sonst mit Gegner_innen ihrer Politik verfuhr, wie Ece Temelkuran in ihrem Bericht zur Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei darlegt. Neben politischen Oppositionellen sind vor allem Journalist_innen gefährdet, von der Justiz für „Meinungsdelikte“ verfolgt und verurteilt zu werden.

- 12 Die politische Entwicklung der Türkei wurde in den vergangenen Jahren aber nicht nur von der AKP geprägt. Auch eine lebendige und vielfältige zivilgesellschaftliche Szene begleitete diesen Prozess, den wir im zweiten Kapitel *Bewegung und Gender* erörtern. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen und sozialen Bewegungen spielten eine bedeutende Rolle bei der Demokratisierung der türkischen Gesellschaft. Deren Aktivitäten wurden jedoch durch die Bombenanschläge im Jahr 2015 und in Folge des zunehmenden politischen Drucks beeinträchtigt. Besonders prägend war der Bombenanschlag während einer Friedensdemonstration in Ankara im Oktober 2015, bei der 102 Zivilist_innen starben. Der Anschlag in Ankara und die Bombenattentate in Diyarbakır und Suruç zuvor wurden laut Medien von aktiven Zellen des sogenannten Islamischen Staates (IS) in der Türkei verübt – der IS selbst hat sich allerdings nie offiziell zu den Anschlägen bekannt. Das Attentat in Ankara ereignete sich nach den türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 und dem Einzug der HDP (Demokratischen Partei der Völker) ins Parlament mit 13 Prozent der Stimmen sowie dem erstmaligen Verlust der absoluten Mehrheit der AKP nach 13 Jahren durchgehender Regierungstätigkeit. Der Wahlerfolg der HDP war insbesondere aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive bedeutend, weil die HDP ein Bündnis von kurdischen, linken und liberalen Bürgerrechtsbewegungen darstellt, welche noch nie so stark im türkischen Parlament vertreten waren. Auf jeden Fall stellten die Bombenanschläge sowohl für die Frie-

denzbewegung als auch für das breite Bündnis eine bedeutsame Zäsur dar. Denn bis zum Sommer 2015 kam es als Folge der Gezi-Park-Bewegung und trotz der zunehmenden Repressionen der Regierung zu einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Neben der Gezi-Park-Bewegung waren es vor allem die unterschiedlichen Frauenbewegungen, die als neue Akteur_innen hervortraten. Pinar Selek zeigt in ihrem Text, in welchem historischen Kontext diese Frauenbewegungen entstanden sind und warum es vergleichsweise lange bis zu ihrer Entstehung gedauert hat. Denn obwohl der Feminismus in der türkischen Republik durchaus auf eine lange Tradition zurückblicken kann, kann erst seit etwa dreißig Jahren von einer sozialen Bewegung der Frauen gesprochen werden. Dabei nahm die kurdische Frauenbewegung eine zentrale Rolle ein. Die Entstehungsgeschichte und Kämpfe dieser Bewegung schildert Sebahat Tuncel in ihrem Beitrag. Sie zeigt, wie die kurdischen Frauen gleichzeitig gegen die Männerherrschaft und gegen die Gewalt kämpfen mussten, und dennoch erstaunliche politische Erfolge bei der Gleichstellung erzielen konnten. Eine jüngere Bewegung ist die muslimische Frauenbewegung, wie Feyza Akinerdem zu berichten weiß. Diese ist aufgrund des Kopftuchverbots in öffentlichen Einrichtungen ab den 1980er Jahren entstanden. Muslimische Frauen gingen auf die Straße, protestieren und leisteten Widerstand, um ihr Studium an den Universitäten und ihre Einstellung im öffentlichen Dienst einzufordern. Auch bei den Gezi-Park Protesten ging es um Selbstermächtigung im öffentlichen Raum, wobei eine vielfältige und starke zivilgesellschaftliche Bewegung sichtbar wurde, die sich nicht einer homogenen Zugehörigkeit zuordnen ließ. Demet Ş. Dinler zeigt, vor welchen räumlichen und zeitlichen Herausforderungen diese Bewegung stand, die mit zivilgesellschaftlichem Engagement einer kleinen Aktivist_innengruppe in Istanbul begann, und die innerhalb weniger Tage zu einer Protestbewegung von zehntausenden Menschen in über 80 Städten der Türkei

wurde. Neben der Repression war die Bewegung internen Spannungen ausgesetzt: Auch im Gezi-Widerstand war die Repräsentation von Frauen sowie die geschlechtliche Arbeitsteilung problematisch, erläutert Ece Kocabiçak. Sie berichtet zudem über den Beitrag der feministischen Kollektive zur Gezi-Park-Bewegung.

- 14 Seit dem Ende der Friedensverhandlungen mit der kurdischen PKK im Sommer 2015 sehen wir eine weitere Polarisierung der Politik in der Türkei, wobei Beobachter_innen von bürgerkriegsähnlichen Zuständen in den kurdischen Gebieten im Osten der Türkei sprechen. Nach der Wahl am 1. November 2015, bei der die AKP nach vier Monaten wieder ihre absolute Mehrheit zurück gewann, nahmen die Repressalien gegen Journalist_innen, sowie gegen die kurdischen und sozialen Bewegungen nochmals zu. Es kam in Städten wie Cizre, Diyarbakır, Lice und Şırnak zu Kämpfen zwischen türkischen Sicherheitskräften und militanten kurdischen Jugendlichen sowie der PKK, bei denen hunderte Menschen starben. Dabei wurden im Frühjahr 2013 noch Friedensverhandlungen mit der PKK angestoßen und ein Waffenstillstand ermöglicht, der zwei Jahre bis zum Sommer 2015 hielt, aber letztendlich keine substantiellen Ergebnisse zu Tage förderte. Neben der zunehmenden Gewalt bedeuten auch die mehr als 2,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, und Afghanistan eine Herausforderung für die türkische Politik. Dazu kommt, dass die Asylpolitik zunehmend zu einem Instrument der Außenpolitik der Türkei geworden ist. Im Kapitel *Minderheiten: Kämpfe um Anerkennung und politische Rechte* widmen wir uns diesen für die Zukunft so zentralen Themen. Am Anfang steht die „armenische Frage“. Denn wenn auch die armenische Frage in der Türkei erst seit kurzem öffentlich diskutiert wird, zeigen die Diskussionen doch, wie wichtig und wegweisend eine historische Auseinandersetzung für die Gegenwart der Türkei ist.

Rober Koptaş erörtert in seinem Beitrag, wie verwoben die Lage der Armenier_innen mit derjenigen der Kurd_innen und

anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist. Er bezeichnet die Auswirkungen der Massaker der Vergangenheit und die Tabuisierung dieser Geschehnisse als Grundlagen der anhaltenden Gewalt. Für ihn ist es ein großer existentieller Fehler, dass immer noch versucht wird, kulturelle und demokratische Rechte durch einen bewaffneten Kampf zu erreichen. Auch Karin Karakaşlı diskutiert das türkisch-armenische Verhältnis mit all seinen Tabus und Verboten. Insbesondere würdigt sie den Gründer der armenisch-türkischen Wochenzeitung AGOS Hrant Dink, der in Folge einer Rufmordkampagne 2007 in Istanbul erschossen wurde. Hrant Dinks Wirken eröffnet für Karakaşlı bis heute Möglichkeiten und Freiräume, um notwendige Veränderungen in der türkischen Gesellschaft zu diskutieren. Für sie ist die armenische Frage nicht nur eine der Vergangenheit, sondern auch eine der Gegenwart und v.a. der Zukunft. Bülent Küçük wiederum richtet seinen Blick auf die Transformation der kurdischen Politik, auf Möglichkeiten und Widersprüche der Bewegung. Er verdeutlicht, dass bei der kurdischen Bewegung keineswegs von einem monolithischen Block ausgegangen werden kann. Mit der HDP und der proletarischen kurdischen Jugend in den Städten sind neue Akteur_innen in Aktion getreten, die die heutige Politik der Kurd_innen in der Türkei mitbestimmen. Einen Blick über den türkischen Tellerrand hinaus wagte hingegen Irfan Aktan. In seinem Beitrag zeigt er, dass die kurdische Frage nicht losgelöst vom syrischen Bürgerkrieg zu sehen ist. Die Solidarität mit der kurdischen Bewegung in Syrien ist für ihn generell für den Kampf gegen Fundamentalismus und Nationalismus in der Region bedeutsam. Die politischen Parteien der Kurd_innen haben für ihn dabei Vorbildcharakter, da sie mehr Demokratie und Freiheiten wagen wollen, doch stünden sie oftmals dem IS sehr isoliert gegenüber. Mit den Folgen des Bürgerkriegs in Syrien befasst sich auch Pırl Erçoban in ihrem Beitrag über die Türkei und die Flüchtlinge. Sie erläutert wie die Türkei mit den beinahe 2,5 Millionen Flüchtlingen und Asylwerber_

innen im Land umgeht. 2,2 Millionen dieser Flüchtlinge kommen aus Syrien und fast 240.000 aus anderen 80 Herkunftsländern, einschließlich dem Irak, Afghanistan und dem Iran. Insbesondere geht sie der Frage nach, ob die Türkei ein sicheres Asylland ist. Sie beantwortet diese Frage auf Grundlage der Ressourcen und Rechte, die den Flüchtlingen in der Türkei zustehen. Ihre Antwort fällt im Kontext der aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei ambivalent aus.

16 Warum konnte sich die AKP so lange an der Macht halten? Was ist das Geheimnis des Erfolgs der AKP-Regierungen seit 2002? Für viele Sympathisant_innen der AKP ist die Antwort eindeutig: Erdoğan habe die ökonomische Basis vieler Menschen in der Türkei verbessert. Mehr Menschen hätten heute die Chance auf wirtschaftlichen Aufstieg und Erfolg. Genau dieser vermeintlichen Erfolgsgeschichte spüren wir in unserem abschließenden Kapitel *Zur Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei* nach. Mustafa Sönmez untersucht in seinem Beitrag die Rolle der Einkommens- und Verteilungspolitik beim Aufstieg der AKP: Hat sich die ökonomische Lage der breiten Masse wirklich verbessert? Hat die AKP die Erwartungen bezüglich Arbeit und Einkommen weitgehend erfüllt? Joachim Becker möchte ähnliche Fragen beantwortet wissen und diskutiert seine Einschätzungen über die Entwicklung der Industrie, einem Schlüsselsektor der türkischen Wirtschaft. Zudem beleuchtet sein Beitrag Dynamiken, Schwächen und Schattenseiten der industriellen Entwicklung während der Regierungsjahre der AKP.

Dieses Buch ist mehr als eine Dokumentation unserer bisherigen Veranstaltungen. Elf Vorträge haben wir für diesen Band neu überarbeitet. Fünf weitere Texte wurden für dieses Buch neu geschrieben. Die Texte von Mithat Sancar, Ruşen Çakır, Ece Temelkuran, Demet Ş. Dinler, Ece Kocabağ, Rober Koptaş und Irfan Aktan beruhen auf deren Vorträgen, die zwischen 2011 und 2014 in Wien gehalten wurden und dennoch nichts an Aktualität

und Relevanz eingebüßt haben. Die Beiträge von Sebahat Tuncel, Feyza Akinerdem, Karin Karakaşlı und Pırıl Erçoban stammen aus dem Jahr 2015 und sind thematisch sowie inhaltlich hoch aktuell. Yüksel Taşkın, Pınar Selek und Mustafa Sönmez waren bereits als Vortragende in Wien, für diesen Band haben wir sie um die Neufassung ihrer Beiträge gebeten. Zusätzlich haben wir für dieses Buch Bülent Küçük und Joachim Becker als Autoren gewonnen.

Abschließend möchten wir uns bei all unseren Vortragenden, Autor_innen und Impulsgeber_innen bedanken, die zum Gelingen der Vortragsreihe wie auch dieser Publikation beigetragen haben. Insbesondere seien hier der Geschäftsführer des VIDC **17** Walter Posch, auf dessen Konto viele textliche Zuspitzungen und Klärungen gehen, und Ayşe Dursun genannt, die uns immer wieder fachkundig beraten und auch fallweise eine Moderation übernommen hat. Hervorheben möchten wir zudem das hervorragende Simultandolmetschen von Ebru Noisternig, ohne welches es für unser österreichisches Publikum schwierig gewesen wäre, den teilweise komplexen Inhalten und Diskussionen zu folgen. Unser besonderer Dank gilt außerdem der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, der Austrian Development Agency, sowie den Kolleg_innen beim VIDC, insbesondere Irène Hochauer-Kpoda, die uns tatkräftig bei der Organisation der Veranstaltungen unterstützt haben.